

schützt sind, Entzignng von Grundbesitz und sonstigen Sachwerten vorzunehmen und bei der Bemessung der Entschädigung sich an die Grenzen zu halten, die sich aus der Leistungsfähigkeit der Länder und aus dem tatsächlichen Bedürfnis der ehemals regierenden Fürstendhäuser ergeben. Warum ein Reichsgesetz? Weil nach Artikel 138 der Reichsverfassung ein solches erforderlich ist, wenn bei Entzignngen die Entschädigung, die an sich dem Wert des Objekts angemessen ist, ausgeschlossen oder auf einen geringeren Umfang beschränkt werden soll. Auch kann bei Entzignngen der Rechtsweg nur dann ausgeschlossen werden, wenn ein Reichsgesetz dies zuläßt. Die erste Voraussetzung, die die Verfassung in Artikel 138 für Entzignngen aufstellt, daß sie nämlich nur zum Wohl der Allgemeinheit vorgenommen werden kann, ist gegeben, denn es ist schlechterdings für das Gesamtwohl unerträglich, daß aus der Wirtschaftskrise der Krieg- und Nachkriegszeit die ehemaligen Fürstendhäuser an der allgemeinen Verarmung des deutschen Volkes in keiner Weise mit teilnehmen. Ein Reichsgesetz über die Abfindung der Fürstendhäuser zu schaffen ist deshalb das Gebot der Stunde, nachdem das deutsche Volk in seiner Gutmütigkeit und Sozialität die Dinge bisher allzulange treten lassen hat.

Die deutschdemokratische Reichstagsfraktion hat jetzt unmittelbar nachdem der Preussische Landtag auf Antrag der Demokraten ein Reichsgesetz verabschiedet hatte — die Initiative ergriffen durch Einbringung eines Gesetzesentwurfes, der die Länder ermächtigt, Landesgesetze zu schaffen, durch welche die Abfindung der Fürstendhäuser im Sinne der obigen Ausführungen geregelt werden. In diesem Entwurf ist besonders vorzulesen, daß bei den Abfindungen mitberücksichtigt wird der Befall der Läden, die von den früher regierenden Häusern für die Hofhaltung, für die Repräsentation, für die Unterhaltung der Hoftheater und für sonstige mit der Hofhaltung zusammenhängende Zwecke getragen worden sind.

Die meisten rechtslebenden Blätter haben den demokratischen Antrag ohne Kommentar wiedergegeben, ein Beweis dafür, wie man sich dessen bewußt ist, daß die maßlosen Ansprüche der Fürstendhäuser, insbesondere der Hohenzollern, selbst vielfach in monarchistisch gestimmten Kreisen Bekundung erregen.

Wenn die Ansicht vertreten wurde, daß ein Reichsgesetz verfassungsmäßig den Charakter haben und deshalb eine Zweidrittelmehrheit erfordern würde, so ist dem nicht beizutreten; der demokratische Antrag geht nicht über die Reichsliste hinaus, die im Rahmen des Artikels 138 der Reichsverfassung möglich ist. Sollte aber eine Verfassungsänderung vorliegen, so wäre es unerhöht, wenn sich ansehnliche jener Fürstendhäuser, die zu einem Prozeßstandal geworden sind eine solche Mehrheit im Reichstage nicht finden würden.

Zur Abfindung des ehemaligen preussischen Königshauses.

Berlin, 10. Dez. Der Generalbevollmächtigte des vormaligen preussischen Königshauses, Geheimrat Dr. Berg, betonte in einer Erklärung über den Vergleich zwischen dem preussischen Staat und den Hohenzollern, das Königshaus habe sich in weitgehendstem Maße bereit gezeigt der finanziellen Lage und dem kulturellen Interesse des Staates, sowie der allgemeinen Wirtschaftskrise Rechnung zu tragen. Es habe auf einen Wert von 70—80 Millionen verzichtet. Die Vermögen des Königshauses lämen 49 Köpfe zugute, nicht einer einzelnen Person. Durch Entwertung und Kriegsfolgen seien den Hohenzollern rund 100 Millionen Goldmark verloren gegangen. Auf Grund des Vergleiches würde das gesamte Königshaus jährliche Einkünfte von zwei Millionen Mark haben. Nach den amtlichen Schätzungen erhielt der Staat auf Grund des Vergleiches einen Vermögenswert von insgesamt 873 Millionen, während dem Hohenzollernhaus Vermögenswerte von insgesamt 100 Millionen zutiefen, also ein Sechstel oder 17 Prozent der gesamten Vermögenssubstanz.

Die Pariser Spionageaffäre.

Paris, 9. Dez. Ueber die Angelegenheit der Verhaftung der drei englischen Staatsangehörigen in Paris, die unter dem Verdacht der Spionage stehen, berichten die Morgenblätter übereinstimmend, daß gestern in der Verkaufsstelle für Radioapparate, die die Engländer unterstellten, eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde, bei der zwei Koffer, die der verhafteten Marie Moreuil gehörten, und ein Koffer des Engländers Besitzer beschlagnahmt wurden.

Eine funktentelegraphische Sendestation, die man vermutet habe, sei nicht gefunden worden, doch habe man eine Liste französischer Flieger unter den Papieren gefunden. Aus der Tatsache, daß die Prüfung der Bücher ergab, daß die Einnahmen des Geschäftes nicht beträchtlich waren, schließen verschiedene Blätter darauf, daß die Engländer von anderer Seite her die notwendigen Mittel erhalten hätten. Einige Blätter, wie vor allem „Petit Journal“ kritisieren, daß die Vernehmung Fischers bereits am Freitag voriger Woche, daß aber erst gestern eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde, so daß etwa kompromittierende Schriftstücke inzwischen hätten vernichtet werden können. Nach einer im „Echo de Paris“ veröffentlichten Devische aus St. Nazaire soll Marie Moreuil vergebens versucht haben, sich Unterlagen über die Konstruktion eines Wasserflugzeuges mit fünf Motoren zu verschaffen, das ein bis jetzt unbekanntes Modell darstellt, das streng geheim gehalten worden sei. „Petit Parisien“ betont, daß außer der genannten Liste der französischen Flieger in den Geschäftsräumen und in der Privatwohnung der drei Engländer nichts Besonderes gefunden worden sei.

Der Völkerbund verurteilt die Danziger Beschwerden.

Genf, 9. Dez. Der Völkerbund hat sich heute nachmittag den Schlussfolgerungen seines Berichterstatters hinsichtlich der polnischen Militärwoche auf der Westplatte angeschlossen und die vom Völkerbundratkommissar und dem Danziger Senatspräsidenten vorgebrachten Einwände abgewiesen.

Hindenburg der Judenteuer.

„Aus der Stinlist der Hindenburg-Republik.“

Richard Kunge, der Führer der Deutsch-Sozialen Partei, sprach in Dresden vor seinen Anhängern, wobei er folgendes erklärte: „Wir brauchen ein Gesetz, nach dem jeder Regierende ins Justizhaus wandert, wenn er etwas verkehrt macht. Hindenburg ist heute von den Juden vollständig eingewickelt.“

Diese Verurteilung scheint einer allgemeinen Parole der Völkischen zu entsprechen, denn in der neuesten Nummer der Zeitung „Hakenkreuz“ heißt es in dem Leitartikel wörtlich: „In der niedrigen Stinlist der Hindenburgrepublik kann nur Lüge, Stunt und Verleumdung gebelien — Bei Hindenburg, dem Judenteuer, hat das Sklawische, Anechtische die Oberhand gewonnen — Wenn wir heute statt Hindenburg einen Juden auf dem Präsidentenstuhl hätten, stände es besser um die deutsche Sache.“

Hoffentlich finden diese schamlosen Angriffe gegen den Reichspräsidenten scharfe Richter. Beikelicht ist es möglich, die verurteilte Strafe in einer Fortbildungsunterricht umzuwandeln, denn Bildung und Erziehung steht diesen verantwortungslosen Gesellen durchaus. Tausende Gist, das sie einst gegen den Reichspräsidenten Ebert versprochen, ergelien sie jetzt über seinen Nachfolger — einen Mann, der in drei Kriegen für sein Vaterland gekämpft, der den Marschallstab trägt und als leuchtendes Vorbild deutscher Treue und Schlichtheit gilt. Zur Zeit der Reichspräsidentenwahl hat man aus dem Gegenlager Hindenburgs keine derartigen niedrigen Angriffe unternommen. Das blieb den — Männern „mit dem verkrampten Herzen“ vorbehalten. In völkischen Kreisen hört man gerne germanische Namen: — Wohlja, überschreiben wir Ihre Parteipolitik mit „Ribelungentreue“, selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß die Ribelungen keine Juden waren.

Die Frage der Herabsetzung der französischen Besatzungstruppen.

Paris, 9. Dez. Die vorgestern abend unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Briand und des Kriegsministers Painlevé abgehaltene Besprechung militärischer Autoritäten hat, wie verlautet, zu einer Einigung über das Ausmaß der Herabsetzung der französischen Besatzungstruppen geführt.

„Cie Nouvelle“ glaubt über den Verlauf der Besprechung folgendes mitteilen zu können: Der Chef des Generalstabes der Armee, General Debenes, und der Befehlshaber der französischen Besatzungstruppen am Rhein, General Guillaumat, haben eingehend ihre Ansicht über die Frage der Herabsetzung der französischen Besatzungstruppen dargelegt und das Ergebnis ihrer Erhebungen über die Möglichkeit der Unterbringung der zurückgezogenen Truppen in Frankreich bekanntgegeben. Die militärischen Autoritäten haben sich dann über die Mindestziffer geeinigt, unter die Frankreich bei der Herabsetzung der Stärke seiner Besatzungsmarine nicht heruntergehen könne. Diese Ziffer ist vom Ministerpräsidenten und vom Kriegsminister angenommen worden.

Geneve, 9. Dezember. Heute vormittag erfolgte im kleinen Landratsamt die Übergabe des Büros des belgischen Kreisdelegierten an die Reichsvermögensverwaltung.

Der Rundfunk im belagerten Gebiet freigegeben. Nach Mitteilung des Nachrichtenkommandanten in Vachen ist von jetzt ab im belagerten Gebiet der Besitz, Kauf und Verkauf von Rundfunkapparaten gestattet. Die Anlage von Antennen ist bis auf weiteres noch verboten.

Wahlen zum Kirchenrat.

Berlin, 9. Dez. Die Generalynode nahm heute vor vollbesetztem Hause und gefüllten Tribünen die Wahlen zum Kirchenrat vor. Auf Grund des Artikels 128 der Verfassungsurkunde wurden folgende 12 Mitglieder der Generalynode gewählt: Graf von Arnim-Boitzenburg, Arbeitersekretär Hartwig Spandau, Regierungspräsident Dr. Schilling in Cassendorf bei Liegnitz, Geh. Konsistorialrat D. Tillich-Berlin, Superintendent D. Dr. Schaefer-Remscheid, Senator D. Dr. Fischer-Gurt, Senatspräsident Dr. Breiser-Berlin, Geh. Konsistorialrat Prof. D. Eger-Galle, Geh. Regierungsrat Dr. Dewes-Königsberg i. Pr., Rittergutsbesitzer v. Arnim-Gröden, Oberstudiendirektor Gase-Insterburg und Justizrat Dr. Hallensleben-Berlin.

Die Wahlen erfolgten auf Grund vorheriger Verständigung zwischen den Gruppen einstimmig durch Zufall. Auf die einzelnen kirchenpolitischen Gruppen verteilten sich die Gewählten wie folgt: Evangelische Lutherische 2, Katholische Union 3, Evangelisch-lutherische Vereinigung 4, Freunde der Freien Volkskirche 1. Insgesamt befinden sich unter den Gewählten des Kirchenrates neun weltliche und drei geistliche Mitglieder. Dem Kirchenrat gehören außerdem an: der Präses der Generalynode und seine beiden Stellvertreter, die Vorsitzenden der Provinzial-Kirchenräte, der Präsident und die Vizepräsidenten, ein geistliches und ein weltliches Mitglied des Oberkirchenrates und die Vorsitzenden der Konsistorien. Der Kirchenrat hat die oberste Kirchenleitung in Händen und ist Rechtsnachfolger des landesherrlichen Kirchenregimentes. Als solchem steht ihm u. a. die Disziplinargewalt zu, ferner die Wahl des Präsidenten des Oberkirchenrates sowie dessen Mitglieder, die Wahl der Generalsuperintendenten und der Präsidenten und Mitglieder der Konsistorien. Es ist damit zu rechnen, daß der neugewählte Kirchenrat sich bereits in den nächsten Tagen konstituiert.

Nach der Wahl betonte der Präses, daß die Generalynode damit die größte Aufgabe der Tagung erfüllt habe, und gab der Befriedigung Ausdruck, daß die Wahlen auf dem Wege freundlicher Verständigung zustandekommen seien.

Zur Frage der Regierungsbildung.

Berlin, 10. Dez. Nachdem in der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Entscheidung über die Haltung der Sozialdemokraten zur Frage der Bildung der großen Koalition nicht gefallen ist, halten es die Blätter nunmehr für das Gegebene, daß der Reichspräsident nach Empfang der erbetenen schriftlichen Mitteilungen der einzelnen Fraktionen eine Persönlichkeitsliste und zwar aller Voraussicht nach Dr. Winter mit der Regierungsbildung beauftragt. Der Beauftragte würde dann die Möglichkeit haben, durch Verhandlungen mit den Vertretern der Fraktionen die Lage zu klären. Der Vorsitzende der demokratischen Fraktion Koch hat bei der Besprechung die Notwendigkeit der Betrauung einer Persönlichkeitsliste mit der Regierungsbildung betont, die die interfraktionellen Verhandlungen fruchtbringend weiterführen würde. Die Demokraten könnten keiner Regierung ihr Vertrauen geben, die sich nicht auf eine Mehrheit im Reichstage stützen könne. Ein Winterkabinet der Mitte sei daher ausgeschlossen.

Bereits über eine Million Mark für die Juppelin-Krieger-Spende.

Berlin, 9. Dez. Heute fand eine Sitzung des Vorstandes des Kuratoriums der Juppelin-Krieger-Spende des deutschen Volkes unter Vorsitz Dr. Krieger statt, an der Staatsminister a. D. Dr. Schmidt-Ott, Ministerpräsident a. D. Stegerwald, Dr. Solmsen, Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft Graf von Brandenburg-Juppelin und die Geschäftsführung teilnahmen. Es wurde festgestellt, daß das bisherige Ergebnis der Sammlung durchaus befriedigt, da es für den verhältnismäßig kleinen Teil des deutschen Volkes, der das bisherige Ergebnis der Sammlung gemeldet hat, bereits weit über 1 Million Mark beträgt. Es darf daher mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß das Ziel der Sammlung erreicht wird, wenn in den übrigen Bundesländern das Ergebnis der Sammlung ähnlich ausfällt. Auf Grund der vorliegenden, von sachverständigen Stellen erstatteten Revisionsberichte wurde einmütig die Geschäftsführung und der organisatorische Aufbau als gut und zweckmäßig anerkannt und der Leitung der Spende aufrichtiger Dank ausgesprochen.

Die Türkei gibt nach.

Genf, 9. Dez. Der offene Konflikt in der Mossulfrage ist in der gestrigen Völkerbundratsitzung doch noch vermieden worden. Bei der Abstimmung über das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes stimmten alle Kommissionsmitglieder mit Ausnahme der Türkei mit „Ja“. Der türkische Vertreter erklärte, seine Regierung könne ohne Zustimmung der Nationalversammlung von Angora ihren Standpunkt nicht ändern, daher könne sie den eben gefassten Beschluß sowie die ganze Aktion des Rates nur als einen Akt der Vermittlung ansehen. Die Weiterberatung wurde daraufhin vertagt. Dabei ist es noch sehr fraglich, ob sich die geforderte Einstimmigkeit innerhalb des Rates für einen Schiedspruch auf Grund des Artikels 15 des Völkerbundpaktes herstellen läßt, da innerhalb des Dreierkomitees des Rates die Ansichten geteilt sind. Die Aussichten auf ein Kompromiß in der Mossulfrage sind nach der gestrigen Sitzung wesentlich besser.

Verhaftung von Türken in Damaskus.

Paris, 9. Dez. Wie Habas aus Beirut meldet, sind mehrere türkische Persönlichkeiten, die des Einverständnisses mit den Aufständischen beschuldigt werden, in Damaskus verhaftet worden.

Beduinen arufen, englische Posten an.

London, 8. Dez. Reuter meldet aus Beirut, daß einem französischen Verächte zufolge ein Trupp Beduinen ein Dorf 30 Meilen ostwärts von Homs an der Linie Homs-Palmyra-Bagdad angegriffen und die englische Postenabteilung gezwungen habe, nach Palmyra zurückzugehen.

Vor der Entscheidung in China.

Peking, 9. Dez. Fengjushiang beherrscht die Lage unangenehm. Mit Ausnahme des Innenministeriums sind sämtliche Minister zurückgetreten; zahlreiche Beamte, die der Anspannung angehören, sind aus ihren Ämtern entfernt worden. Eine neue Regierung soll gebildet werden, wenn in den Kämpfen die Entscheidung gefallen ist. Berichten des Kriegsamtes zufolge treffen in Wuhan zahlreiche Flüchtlinge ein. Die Stadt ist jedoch noch in der Hand Tschangsolins, dessen Truppen die Giau-Ho-Linie halten und nach dem Eintreffen weiterer Verstärkungen in etwa einer Woche einen letzten Versuch zur Verbesserung ihrer Lage machen wollen. Wie aus Peking gemeldet wird, rufen die Truppen Kuosunglings langsam vor und sind teilweise bis in die Nähe des Giau-Ho gelangt. Der Eisenbahnverkehr zwischen Peking und Tientsin ist gestört. Der Gouverneur von Tschili, Tschinglin, behauptet, zwei Kuomintschunbrigaden in der Nähe von Mutshang geschlagen zu haben.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Peking soll der ausländische General Kuosungling den Giau-Ho-Fluß auswärts vorrücken, wo die Truppen von Wuhan die letzten Vorbereitungen treffen, um die Stadt zu verteidigen. Wie in dieser Meldung weiter erklärt wird, soll Fengjushiang in einem Telegramm an den japanischen Ministerpräsidenten Kato gebeten haben, Japan möge sich in der Mandchurie neutral verhalten, und er, Fengjushiang, gebe die Versicherung, daß die Bewegung gegen Marshall Tschangsolin keine japanfeindliche Geste sei. Ein unbestätigtes Gerücht besagt, Japan habe in Tairen 10 000 Mann gelandet, um den General Tschangsolin zu unterstützen.